

51. ZEIT FORUM WISSENSCHAFT – 08.10.13

Wo ist das Volk?

Frauke Hamann

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Podiumsgäste, ich darf Sie heute Abend begrüßen im Namen der vier Veranstalter, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, des Deutschlandfunks, der Wochenzeitung DIE ZEIT und der Zeitstiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Der 22. September dieses Jahres, die Bundestagswahl, hat es gezeigt. Mit 71,5 Prozent lag die Wahlbeteiligung erneut auf historisch niedrigem Niveau. Nach 2009 mit 70,8 Prozent war sie die zweitschlechteste seit Gründung der Bundesrepublik. Wir haben also in Deutschland eine Gruppe dauerhafter Nichtwähler, einen Mangel an Teilhabe – könnte man denken. Die Abgeordneten im neuen Bundestag repräsentieren demnach noch gut die Hälfte, also 59,5 Prozent aller Wahlberechtigten. Nimmt man noch hinzu, dass durch die Fünfprozenthürde rund zehn Prozent der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament vertreten sein werden, könnte man die Frage aufwerfen: Schadet das unserer Demokratie? Ergeben sich aus dieser schrumpfenden Repräsentanz ernsthafte Legitimitätsverluste des Parlaments? Wo ist das Volk?

Oder weitet sich nicht vielmehr das Spektrum demokratischen Handelns aus? Wird es bunter und vielfältiger? Denn die repräsentativen Elemente sind ja nur das eine, die plebiszitären das andere. Hier finde ich den Blick in die Schweiz aufschlussreich und ich habe mir mal die Volksabstimmungen seit 1990 angeschaut: Die Stimmbeteiligung liegt ungefähr zwischen 32,3 Prozent und 49,2 Prozent. Wo also ist das Volk? Wenn es interessiert ist, geht es hin.

In der Stadt, aus der ich komme, in Hamburg gibt es seit Oktober ein neues Transparenzgesetz – von allen in der Landesregierung vertretenen Parteien beschlossen. Damit werden Verwaltungsvorgänge einsehbar, es kommt zu einer beispiellosen Offenlegung politischen Handelns. Politik und Verwaltung müssen künftig Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und

kostenfrei im Internet in einem so genannten Informationsregister zur Verfügung stellen. Aus dem Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger ist also eine proaktive Informationspflicht der Behörden geworden. Sie muss Ausschreibungen, Gutachten, Stellenübersichten, Statistiken und Subventionsnachweise offenlegen, ebenso Verträge von über 100.000 Euro.

Der Mensch als politisches Wesen kann sich also hinein vertiefen in die politischen Daten, in die Fakten, in die Informationen und kann sich in Sachfragen schlau machen, damit sein Meinungsbild erweitern und auch politisch artikulieren.

Wer wird das tun? Wer wird diesen hohen, mit viel Zeit und auch sicher mit sehr viel Einsatz und Kompetenz verbundenen Aufwand betreiben? Das ist offen. Denn noch liegen diese Erfahrungen – in Hamburg jedenfalls – nicht vor. Haben wir also Demokratieteilhabe, die ausgebaut wird, aber ohne das Volk für ganz wenige? Wie geht das zusammen, die beobachtbare politische Abstinenz einiger oder vieler Menschen, einer wachsenden Anzahl von Menschen, politisches Phlegma in ganz zentralen Fragen mit dieser gewachsenen Möglichkeit der Beteiligung? Auch diese Frage nach der Kluft zwischen denen, die sich einbringen und denen, die es geschehen lassen, die über politische Fragen gar nicht mehr diskutieren, ist sicher gemeint mit der Frage: Wo ist das Volk?

Aber das sind nur einige Überlegungen von mir. Und wir haben so interessante Gäste und so blendend vorbereitete Moderatoren, dass ich jetzt an Uli Blumenthal und Andreas Sentker gebe und mich auf die Diskussion freue. Vielen Dank.

Moderation

Meine Damen und Herren, sie protestieren gegen Stromtrassen und Landebahnen, gegen Schulreform und Bahnhöfe, gegen Kapitalismus und den Datenraub im Internet. Die Bundesrepublik scheint zur Bewegungsrepublik zu werden. Ein bunter Teppich des Protestes breitet sich aus. Auf der anderen

Seite: Gesellschaftlich übergreifende politische Alternativen scheinen es schwer zu haben. Attac und Occupy scheinen verschwunden. Die Piratenpartei erreichte bei der Bundestagswahl gerade einmal etwas mehr als zwei Prozent. Bewegungsrepublik Deutschland oder doch bequeme Republik Deutschland? Wo ist das Volk?

Darüber diskutiert heute Juli Zeh, sie ist Initiatorin eines offenen Briefes an die Bundeskanzlerin, mit dem sie eine angemessene Reaktion in der NSA-Affäre einforderte, und sie ist natürlich vor allem Schriftstellerin und erhält im Dezember den Thomas-Mann-Preis. Es diskutiert Marina Weisband, ehemalige politische Geschäftsführerin der Piratenpartei und Autorin des Buches „Wir nennen es Politik. Ideen für eine zeitgemäße Demokratie“. Prof. Friedrich von Borries ist Architekt, Kurator und Autor des Romans „RLF. Das richtige Leben im falschen“ sowie Initiator des gleichnamigen Revolutionsunternehmens; und schließlich Prof. Herfried Münkler, er ist Politikwissenschaftler vom Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Theorie der Politik, an der Humboldt Universität zu Berlin.

Herr Münkler, von Ihnen stammt eine interessante Diagnose. Sie sagen: „Das Volk zerfällt in die Verdrossenen auf der einen Seite und die Empörten auf der anderen Seite. Es ist dieser Zerfall, der dafür sorgt, dass die politischen Strömungen und Bewegungen nicht mehr diese Nachhaltigkeit und Schlagkraft erreichen wie zum Beispiel die über Jahrzehnte andauernde Antiatombewegung, die in Gründung der Partei DIE Grünen mündete und andere Dinge“. Warum fehlt diese Nachhaltigkeit?

Herfried Münkler

Ich meine damit zunächst einmal, die Verdrossenen sind die einen und die Empörten sind die anderen und dazwischen gibt es eine große, teilweise indifferente Menge. Also, die beiden markieren gleichsam die Eckpositionen. Es gelingt ihnen nicht, in die gesellschaftliche Mitte vorzustoßen. Das, glaube ich, ist das Geheimnis dessen, was Sie angesprochen haben, nämlich dass aus dem Kreis der Empörten Themen vorgegeben werden, Aktionsformen

entwickelt werden, die eine solche Intensität besitzen, dass sie über das hinausgehen, was sozusagen ein Augenblicksereignis, ein Event ist. Und man hat mal einen interessanten Nachmittag gemacht, von dem man später noch erzählen kann.

Moderation

Juli Zeh, es gibt in diesem Land und in anderen Ländern staatliche Einrichtungen. Man kann sie auch Dienste nennen, Regierungen, Behörden. Die wissen alles über uns. Die kennen unsere Daten. Die kennen, wie es so schön heißt, auch unsere Metadaten. Warum hat es keinen groß aufgeregt, dass wir so abgeschöpft werden, dass meine Daten, die Daten meines Rezepts in der Apotheke von amerikanischen Wirtschaftsunternehmen gehandelt werden? Warum bleiben wir da so ruhig und so unaufgeregt?

Juli Zeh

Ich glaube, auf diese Frage gibt es eine vielschichtige Antwort. Das hat verschiedene Aspekte. Zum einen ist dieses Thema Datenschutz nach wie vor für viele Menschen sehr abstrakt. Es wird nicht so richtig verstanden, was eigentlich die konkreten Auswirkungen sind. Und wir leben zunehmend in einer Gesellschaft, wo das Politische sehr persönlich definiert wird.

Dieser berühmte Satz, der oft als Datenschutzgegenargument gebracht wird, „ich habe doch nichts zu verbergen“, hat eben dieses Pronomen „ich“ ganz vorne dran stehen und zeigt dadurch, wie Menschen politisch reagieren. Sie fragen sich nicht, was ist für uns als Gesellschaft eigentlich das Wichtige. Sie glauben nicht an einen Überbau oder ein Prinzip des Zusammenlebens und messen daran politische Ereignisse, teilen sie in gewünscht und unerwünscht ein, sondern sie messen es erstmal an der persönlichen Bedürfnislage und warten sozusagen auf persönliche Verluste, auf das Gefühl einer Bedrohung. Oder sie warten auf ein medial präsentables Opfer.

Vor einer Woche ist mein Freund und Co-Autor Ilija Trojanow bei dem Versuch in die USA einzureisen abgefangen worden. Die Gründe, warum, sind

spekulativ, die wissen wir nicht. Aber was auffällig war, darauf wurde reagiert. Auf einmal erhob sich Protest von Leuten, die sich eigentlich für das Thema nicht interessierten. Aber wenn da ein Autor aus Fleisch und Blut steht und sagt, ich durfte nicht einreisen, dann springen die Leute eher an, als wenn es heißt, irgendwelche komischen Maschinen und komischen Algorithmen sammeln unsere Emails. Da fehlt irgendwie dieses Individuelle.

Moderation

Wir nutzen ja mehr oder weniger die Möglichkeit privat zu surfen und glauben, dass das dann sicher ist und keiner weiß, welche Seiten wir uns immer anschauen. Wir wissen aber eigentlich, dass wir gar nicht privat sind, selbst wenn wir es glauben oder hoffen. Trotzdem: Reicht es nicht aus, dass selbst dieses Private, was ich vorgebe zu tun, dann doch kontrollierbar und durchschaubar ist?

Juli Zeh

Ich glaube, wir wissen das eben nicht. Wenn man Menschen auffordert, sich mal vorzustellen, wie sie reagieren würden, wenn sie beim Emailschreiben von einer Person beobachtet würden, die wirklich aus Fleisch und Blut hinter ihnen steht und über die Schulter guckt, fast jedem Menschen sträuben sich die Nackenhaare. Der würde sich auch umdrehen und sagen, *spinnst du, was guckst du mir zu!* Diese Form von Beobachtung sorgt automatisch für emotionales Aufbegehren und für das Gefühl, das darf nicht sein. Ich habe eine Privatsphäre. Die muss ich verteidigen. Das ist eigentlich eher ein Reflex als eine rationale Überlegung. Aber wenn das unsichtbar ist, abstrakt, in dieser vermeintlich virtuellen Welt, ist unser Vorstellungsvermögen noch nicht weit genug, um zu verstehen, dass das mindestens so schlimm ist wie der Typ mit dem Schlapphut, der hinter uns steht, weil man noch viel, viel mehr mit dieser Form der Überwachung machen kann als mit der alten Form aus Fleisch und Blut.

Moderation

Frau Weismann, Sie versuchen Parallelen in Ihrem Buch zu ziehen. Die

Entwicklung der Dampfmaschine hat irgendwie zur SPD geführt. Jetzt könnte man kurzschließen, die Erfindung, Entwicklung des Internets hat zu den Piraten geführt – wenn wir diesen historischen Vergleich mal zulassen. Jetzt wissen wir nicht, wie lange die Piraten noch als Partei existieren, aber warum ist es ihnen nicht gelungen, diese Themen, über die wir gerade gesprochen haben, dann in die Öffentlichkeit zu bringen und auch als ein Parteiprogramm und auch ein Programm der Interessensvertretung von Bürgern unter die Bürger zu bringen und dort mehr als nur 2,2 Prozent zu erreichen?

Marina Weisband

Die naheliegende Antwort ist eigentlich die gleiche, die Frau Zeh auch schon gegeben hat. Die Themen, die netzbezogen sind, sind Themen der Zukunft. Das sind sehr wichtige Themen, aber es sind gleichzeitig auch sehr abstrakte Themen. Menschen tun sich schwer, sich mit abstrakten Themen zu verbinden, wenn nicht Erfahrungen aus Fleisch und Blut da sind. Mit dem Ausgespähtwerden hat, glaube ich, niemand von uns tatsächliche, echte Erfahrungen, die uns wirklich in unserem Leben eingeschränkt haben.

Dann werfen Sie natürlich die Frage auf: Das Internet bietet uns die Möglichkeit, uns als Bürger zu vernetzen, aktiv, selbst tätig zu werden jenseits der Parteienstruktur. Warum wird dann nicht eine Partei gewählt, die diese Chancen sieht? Das ist genau das Problem. Die Piraten sind, was auch immer sie sein wollen, immer nur eine Partei, nicht mehr und nicht weniger. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass wir charismatische Leute vorne haben, dass wir irgendwie keine totalen Deppen auf Listen haben, dass von den Medien ein sympathisches Bild vermittelt wird.

Aber wenn wir über wirkliches Bürgerengagement reden, dann hat das mit Parteien erstmal nicht unbedingt etwas zu tun. Sondern ich glaube, dass das Internet gerade dadurch sexy ist, dass es auch Engagement jenseits des Parteiensystems ermöglicht, ergänzend sozusagen zu parlamentären Systemen. Das möchte ich in vier Stufen unterteilen, mit denen wir vielleicht auch weiter hantieren können.

Die erste, die sich auch durch alle Stufen durchzieht, ist die Bildung. Das ist einerseits unsere Bildung in der Schule. Das ist aber auch, was wir in der Zeitung lesen. Das ist, was wir in den Nachrichten von RTL hören. Das ist die Transparenz. Es ist alles. Das Zweite ist die Aktivierung. Das ist diese Empörung. Die aktivierten Menschen sind die empörten Menschen. Wir entflammen für irgendeine Idee. Wir sehen irgendeinen Missstand und dann wollen wir daran was ändern. Das Dritte ist eine Diskussion. Die passiert erstmal total ungerichtet. Die passiert über Medien. Die passiert unter Leuten in Vereinen, auch in Parteien. Diese Diskussion kann mehr oder weniger zielgerichtet sein. Das alles haben wir. Wir haben die Aktivierten. Und sie kloppen sich auch untereinander.

Das Vierte ist die Konsolidierung. Das bedeutet: Wir haben etwas ausdiskutiert und wir möchten es jetzt auch festschreiben. Wir, das Volk, haben gesprochen. – Und da haben wir gar nichts. Es fehlt uns komplett an Konsolidierungsmechanismen. Es fehlt uns an Entscheidungsfindungsmechanismen jenseits des Parlaments.

Deshalb haben wir eine große Frustration unter den Aktivierten, unter den Empörten wie Occupy. Occupy hatte einen großartigen Anstoß, hat viele Menschen aktiviert, hat super lange auf der Straße in Zelten diskutiert. Und dann? Irgendwann müssen die Leute zurück zu ihren Familien oder zurück in den Job. Wir können nicht alle ewig im Zelt leben. Und an diesem Mechanismus versuche ich mit ganz, ganz vielen Leuten auch zu schrauben.

Moderation

Herr von Borries, Sie haben einen Roman geschrieben, in dem Ihr Held sozusagen auf der Suche nach dem richtigen Leben im falschen ist. „RLF“ heißt darum dieser Roman. Darin spielt unter anderem ein Zitat von Giuliani, dem New Yorker Bürgermeister, eine Rolle, der auf die Terrorattacken reagierte, indem er seine Bevölkerung aufrief: „Show you're not afraid. Go to restaurants. Go shopping.“ Zeigt, dass ihr keine Angst habt, geht einfach Einkaufen.

Juli Zeh hat vorhin schon das Wort „ich“ sehr stark betont. Stehen wir so als Ego-Gesellschaft uns selbst bei dem Entwurf von Utopien im Weg?

Friedrich von Borries

Ich glaube, wir leben trotz aller Protestbewegungen in einer entpolitisierten und total entdemokratisierten Zeit, wie ja auch dieses Zitat – als ernsthafte Aufforderung damals – gezeigt hat. *Wenn ihr zeigen wollt, dass ihr keine Angst habt*, damals auf politische Art gemeint, *geht Einkaufen*. Das war natürlich auch gemeint als alltägliche Handlung, lebt euren Alltag. Aber dieser Alltag war, *geht Einkaufen, geht Shoppen*.

Ich glaube, diese Entpolitisierung und auch ein Erlebnis von Entdemokratisierung kommt von einem Phänomen her, was auch mit dem Titel dieser Veranstaltung zu tun hat: Wo ist das Volk? – Wir könnten auch fragen: Wer ist überhaupt das Volk? Wir erleben das bei den Problemen, die Juli Zeh angesprochen hat. Glauben wir, dass Angela Merkel das lösen kann? Glauben wir, dass unsere Volksvertreter ein globales Phänomen lösen können? Das ist, glaube ich, einer der Gründe, warum der Protest so schwach ist, weil wir glauben, das können wir gar nicht ausrichten. Da sind ganz andere Mächte sozusagen am Walken. Das heißt: Wer ist überhaupt das Volk oder welche Entscheidungsfähigkeiten in welchem Bereich haben wir?

Wir haben das bei der Finanzkrise erlebt, wo eine bewusste Entdemokratisierung vorgenommen wurde, wo an irgendwelche, nicht besonders demokratisch legitimierte Troikas Entscheidungen abgegeben wurden mit der Begründung: *Wir brauchen eine marktkonforme Demokratie. Und wir müssen uns den Sachzwängen der Ökonomie beugen*. – So wurde uns diese Aushebelung der Demokratie ja erklärt.

Und am Ende – deshalb ist dieser Satz, *show you're not afraid*, heute auch so wichtig – sind wir alle, glaube ich, irgendwie damit einverstanden, auch Sie wahrscheinlich. Ich kenne keinen, der sein iPhone weggelegt hat, weil er weiß, dass die Ortungsdaten erhoben werden. Ich habe meins vorhin ausgemacht,

aber aus anderen Gründen. Ich kenne keinen oder nur sehr wenige, die keine Kreditkarten benutzen, obwohl sie seit Jahren wissen, dass Kreditkartenunternehmen damit Konsumentenprofile anfertigen etc. Ich kenne keinen, der Amazon nicht benutzt, weil die unsere Daten auswerten. Manche machen das, um den Buchhandel zu erhalten usw.

Auch die Plattform, auf der die Unterschriften gesammelt wurden für den Protest gegen Frau Merkel, ich habe auch unterschrieben, hat ja eine kleine Klausel mit drin, dass die Daten der Nutzer ausgewertet und auch privatwirtschaftlich verwertet werden können.

Das heißt, wir lassen uns überall aus Bequemlichkeitsgründen, weil es uns Vorteile verschafft, darauf ein. Und am Ende haben wir Angst, diese ganzen Vorteile aufzugeben. Wir haben ganz große Angst, dieses bequeme Leben, das wir haben, aufzugeben. Das ist am Ende der Grund, warum wir alle irgendwie anscheinend bereit sind, Entdemokratisierung in Kauf zu nehmen, Überwachung in Kauf zu nehmen, weil wir Angst haben, dass unser schönes bequemes Leben sonst ein Ende haben würde.

Moderation

Teilen Sie diese Diagnose der Entdemokratisierung, der Ego-Demokratisierung sozusagen?

Herfried Münkler

Nein, gar nicht. Ich glaube auch, dass man zwischen Volk und Bevölkerung unterscheiden muss. Die Bevölkerung hat das Recht, irgendwann mal eine Äußerung zu machen, die sie auch zurücknehmen kann, die eigentlich nicht irreversibel ist. Das wird dann von Allensbach oder der Forsa-Gruppe abgefragt.

Aber die Demokratie, über die man dann auch mit ein bisschen Ernst reden muss und sozusagen nicht mit so einem einfachen Gestus „Entdemokratisierung“, wenn einem etwas nicht gefällt, beruht auf einem

metaphysischen Ereignis, nämlich der Verwandlung der Bevölkerung in das Volk. Das ist ein ganz erstaunlicher Vorgang. Denn in dem Augenblick, wo das Volk eine Entscheidung getroffen hat, ist diese Entscheidung irreversibel. Also, ich kann da am letzten Tag nicht sagen, ich will die Stimme zurückhaben, die ich in die Wahlurne geworfen habe, ich möchte das doch nochmal anders machen. Das ist dann passiert.

Das heißt: Unter diesen Umständen funktioniert überhaupt erst eine Demokratie, dass dieses Wunder der Transformation von Bevölkerung in Volk passiert und wir danach, die wir möglicherweise ganz anderer Auffassung waren und andere Präferenzen haben, gebunden sind an das, was eine Mehrheit entschieden hat, so dass das also da nicht die Tyrannei der Mehrheit über uns ist, sondern wir vorher eingewilligt haben, dass die Mehrheit entscheidet und dass das unsere Entscheidung ist. – Sonst würde gewissermaßen gelten, dass die Demokratie, wie Platon verächtlich gesagt hat, „ein buntes und vielköpfiges Tier“ ist, also eine Bürgerkriegsmetapher.

Wenn man das ernst nimmt, kann man sagen, der Akt der Wahl setzt relativ bescheidene Kompetenzen voraus. Direkte Partizipation erfordert viel mehr prozedurale, habituelle, kognitive Kompetenzen. Die Wahl ist sehr reduziert hinsichtlich der Fähigkeiten. Das hat aber natürlich seinen Preis, nämlich dass der direkte Einfluss auf Prozesse nicht so direkt ist, sondern man präferiert vielleicht eine Richtung und hat dann eine Chance, wenn die an die Regierung kommt. Es kann aber auch sein, dass es eine Koalition wird und es wird was ganz anderes.

Wenn man darüber redet, muss man zunächst einmal über die Funktionsprinzipien und diese eigentümlichen Annahmen der Demokratie sprechen. Das wollte ich hier nochmal herausstellen. Wir können nicht sagen, „wir sind das Volk“. Das war eine Formulierung der DDR-Opposition mit polemischem Charakter gegenüber einem Regime, das überall für sich das Volk in Anspruch genommen hat, Volksdemokratie haben sie sich sozusagen etymologisch blind genannt. In dieser Weise funktioniert das hier nicht, sondern

man muss sagen, wir haben bestimmte Interessen, die wollen wir einbringen. Und wir sind selbstverständlich nicht das Volk.

Juli Zeh

Ich wollte auch sagen, dass ich gerne vorsichtiger wäre mit dem Begriff der Entdemokratisierung, weil mich apokalyptisches Reden über unsere Demokratie tatsächlich erbost. Unsere Demokratie funktioniert gut. Und wir müssen uns das erstmal klarmachen, bevor wir dann Kritik an ihr üben, weil man sich sonst einfach versteigt. Man zielt sonst an der Sache vorbei.

Zweitens glaube ich schon, dass es im Vergleich zu früheren Zeiten an Gestaltungsmöglichkeiten unserer demokratisch gewählten Politiker fehlt. Da ist was Wahres dran. Das ist zum Teil schlecht kritisierbar, weil es mit Vorgängen zu tun hat, die wir nicht rückgängig machen können. Was die Globalisierung uns auferlegt, bedeutet zum Teil natürlich Entmachtung der nationalen Regierungen und damit automatisch auch ein Schwinden des Einflusses von jedem einzelnen Bürger, wenn man es runterbricht.

Dazu kommt aber ein Gestus. Der ist, glaube ich, kritisierbar. Der gehört meiner Meinung nach sofort abgeschafft. Unsere Regierungen und Regierenden selbst gebärden sich in einer Form, die das weiter nahelegt, es gäbe diesen Einfluss nicht mehr, was meines Erachtens eher der Wunsch ist, zu viel Mitwirkung von Seiten des Volkes eben möglichst fern zu halten.

Die Verwendung von Begriffen wie *Sachfragen*, *alternativlos* oder zum Beispiel auch, was Sie ja übernommen haben, die Idee, Angela Merkel könne als Regierungschefin nichts gegen das Vorgehen der NSA unternehmen, das ist schlicht und ergreifend nicht wahr. Natürlich kann sie was unternehmen, sogar eine ganze Menge. Aber man stellt sich eben hin mit diesem Gestus und entflieht damit sozusagen auch der Möglichkeit von Protest oder auch nur Engagement, irgendwie dem Stachel, indem man sagt, *wir sind gar nicht die Adressaten*. Ihr könnt euch gerne aufregen, aber das Einzige, worüber wir noch entscheiden, sind Bahnhöfe. Also macht Stuttgart21. Da sind wir

Ansprechpartner. Aber bei allem anderen fragt unsichtbare Geheimdienste. Fragt *die* Globalisierung oder auch *die* Wirtschaft. – Das sind alles Termini von fast schon metaphysischer Natur, jedenfalls nichts, mit dem man reden kann. Das frustriert und verunsichert Menschen.

Moderation

Ich habe auch nicht gesagt, dass ich diese Einschätzung teile, sondern dass das einer der Gründe ist, warum so viele Leute kein Vertrauen in die Politik haben, weil sie ihr weniger Einflussmöglichkeit zuschreiben. Das sind zum einen, wie Sie ja beschrieben haben, Globalisierungsphänomene und zum anderen auch Ergebnisse einer bestimmten Taktik der Politik, sich selber für nicht verantwortlich zu erklären.

Marina Weisband

Thomas Wirth hat neulich eine Phrase, die sehr, sehr treffend ist, zusammengefasst, „Politik ist das, was die Wirtschaft zum Diskutieren übrig lässt“, was natürlich einfach – ich möchte das hier nochmal betonen – Schwachsinn ist. Es ist insofern eine richtige Beobachtung, dass viele Menschen das Gefühl haben und auch dass viele Politiker uns das Gefühl vermitteln wollen.

An der Stelle möchte ich Ihr Argument aufgreifen. Sie sagen, es hat sehr, sehr hohe Voraussetzungen für jeden Einzelnen, sich zu beteiligen. Dann müssten wir über alle Themen Bescheid wissen und uns dauernd einbringen. Andererseits, wenn wir mit wenig Vorwissen, mit wenig Zeitaufwand auskommen wollen, müssen wir eben Personen wählen, die sich dann aber hinstellen und uns so etwas erzählen können, was wiederum bei uns dazu führt, dass wir sogar zu demotiviert sind, um Wählen zu gehen.

Deshalb finde ich es ein interessantes Prinzip gerade in unserer Zeit, wenn jede Person sich frei entscheiden könnte, will ich einfach nur wählen, will ich möglichst wenig mit dem Ganzen zu tun haben, ich habe ein eigenes Leben und ich interessiere mich gar nicht so dafür, oder will ich aktiv sein, bin ich

gerade aktiviert und möchte selbst wirklich zu Entscheidungen beitragen, und zwar direkt thematisch, nicht personell. Das würde heutzutage funktionieren. Das hat vor 50 Jahren nicht funktioniert. Das Internet ermöglicht uns Stimmdelegation. Das bedeutet, ich muss nicht unbedingt selbst zu jedem Thema abstimmen, sondern ich kann meine Stimme delegieren – auf eine Partei, auf einen Politiker, einen Freund. Solche Systeme sind heute umsetzbar und ich fände sie überdenkenswert, weil sie uns ermöglichen, uns individuell zu entscheiden, wo auf der Skala zwischen passivem Bürger und aktivem Politiker wir stehen wollen in jedem Moment.

Moderation

Aber, Frau Weisband, nehmen wir mal die analoge Stimme, die am 22. September nicht delegiert, aber abgegeben wurde. Datenjournalismus setzt Daten auch in Bilder um. Es ist dann relativ schnell eine Karte im Netz gewesen, die die Wahlergebnisse in Farben dargestellt hat. Das Bild ist eine schwarze Republik mit einigen roten Einsprengseln. Grün taucht gar nicht auf, wenn man in gröberer Auflösung ist. Es ist sozusagen ein dunkles Deutschland. Und die Diskussion, die wir eben geführt haben, Begriffe wie *alternativlos* usw., es ist also ein Wahlergebnis, wo Wähler gesagt haben, *ich vertraue dieser Politik weiter. Und der Begriff alternativlos, der immer wieder diskutiert wird, stört mich eigentlich nicht.* – Da hat eine Partei Vertrauen bekommen, die genau das fortsetzen wird, was wir jetzt kritisieren. Ist das nicht eine Dichotomie, also ein Widerspruch?

Juli Zeh

Wenn ich richtig zugehört habe bei Verkündung der Wahlergebnisse, hat die CDU nicht die absolute Mehrheit bekommen.

Einwurf Moderation Sie hat fast alle Wahlkreise gewonnen. Das Bild ist eine Landkarte von Deutschland, wo fast alles schwarz eingefärbt ist.

Aber wenn wir darüber reden, was die Menschen gewählt haben, wie jeder Einzelne sich entschieden hat, muss man trotzdem sagen, gut die Hälfte hat

eben nicht gesagt, sie unterstützt die Politik der alternativlosen Rhetorik, sondern wünscht sich eigentlich etwas anderes.

Ich weiß, es haben sehr viele die CDU oder eigentlich Frau Merkel gewählt. Ich glaube, das kann man legitimerweise so formulieren. Diese Rhetorik hat etwas ungeheuer Beruhigendes und sie knüpft an etwas an, was Marina Weisband auch gerade gesagt hat. Es ist ein wohliges Gefühl und passt auch ein bisschen zum Geist unserer Zeit, sich bemuttern und befürsorgen zu lassen von einer Politik, die suggeriert, *es ist hier oben alles wahnsinnig komplex. Falls wir noch zuständig sind, verstehen es nur die Experten. Das ist auch gar nicht mehr vermittelbar, was wir hier machen. Aber Gott sei Dank gibt's Mutti. Die macht das schon. Das seht ihr an den Wirtschaftsdaten und daran, dass es bei uns keine Naturkatastrophen gibt. – So unser Ergebnis. Bitte gebt uns jetzt den Freibrief zum weitermachen.*

Die CDU ist sozusagen die Antwort auf ein vielleicht nicht globales, aber ein sehr deutsches Gefühl der Überforderung. Deswegen funktioniert das so gut.

Moderation

Herr Münkler, ist das nicht ein sehr einfaches Bild vom Subjekt Bürger?

Herfried Münkler

Mir ist die Klage über den Begriff *alternativlos* zu wehleidig. Das ist natürlich eine rhetorische Strategie derer, die etwas durchsetzen wollen, indem sie sagen, das ist im Prinzip ohne Alternative. Das kann man ihnen ja auch gar nicht vorhalten. Wenn ich meine Position hegemonial machen will, dann schütze ich sie und stelle sie zunächst einmal so dar. – Man muss eben dann halt widersprechen und zeigen, wo die Alternativen sind. Das ist aber natürlich ein Problem der Opposition gewesen in der Frage der Eurorettung, wo ja diese Punkte zentral diskutiert worden sind. Es ist letzten Endes der Opposition – mit Ausnahme der heiklen AFD – nicht gelungen, deutlich zu machen, dass es zu dieser Politik von Frau Merkel und Herrn Schäuble in diesen Punkten eine tragfähige belastbare Alternative gibt.

Das ist eigentlich ganz spannend, weil man hier beobachtet, wie der politische Prozess wirkt. Wenn die Leute glauben, es ist alternativlos, dann ist das eben nicht nur ein Ausdruck von Dummheit, sondern es ist die Akzeptanz dessen, dass sie nicht sehen, wo eine Alternative ist.

Nachfrage Moderation Wer sieht? Der Bürger oder die Parteien und die Regierung?

Na ja, zunächst mal beide. Die Oppositionsparteien im Bundestag wären ja aufgerufen gewesen, klar und eindeutig Alternativen zu formulieren und vor allen Dingen auch plausibel zu machen, dem Wähler nahe zu bringen, dass sie mehrheitsfähig sind. Das haben sie erkennbar nicht geschafft. Ich würde mich jedenfalls nicht hinstellen und Wählerbeschimpfung anstellen und sagen, die Wähler sind zu dumm, die haben was nicht begriffen, haben sich von Frau Merkel einlullen lassen, sondern ich würde festhalten: Demokratie funktioniert einfach so, dass – wenn in diesem Augenblick die Leute so entschieden haben – das auch eine heilige Entscheidung ist. Die kann ich zwar als Intellektueller in irgendeiner Weise bekritteln und kann darüber unglücklich sein, aber ich habe sie zu akzeptieren. Das ist gewissermaßen das Wesen der Demokratie.

Die Alternative ist eine Diktatur der Philosophen, sozusagen der Intellektuellen. Die wissen genau, was es ist.

Marina Weisband

Nein, ich finde überhaupt nicht, dass – wenn eine Entscheidung getroffen wurde – wir sitzenbleiben, die Händchen falten müssen und sagen, ja, das ist halt so. Der Subtext, den ich hier auch sehr viel raushöre, ist: *Ja, die wollen sich halt bemuttern lassen. Na ja, die wählen halt komplett schwarz. Die sind halt politikverdrossen. Die wollen halt nicht. Jeder ist sich selbst der Nächste – usw.* Aber ich weigere mich anzunehmen, dass Menschen unter Veränderung der Rahmenbedingungen gleich handeln werden.

Die Rahmenbedingungen sind so gravierend, dass unsere ganze Gesellschaft gar nicht darauf eingestellt ist, jeden Menschen als Gestalter der Gesellschaft zu sehen. Dieses Menschenbild haben wir nicht. Wir vermitteln es nicht unseren Kindern. Wir schicken unsere Kinder durch die hierarchischste, diktatorischste Struktur, die es gibt, namens Schule und erwarten von ihnen, dass da Demokraten rauskommen? Das sehe ich nicht.

Ich will es auf einen Versuch ankommen lassen. Da sind wir hier, Intellektuelle, mit Geld und ich weiß nicht, wer hier alles im Saal sitzt, genau die richtigen Ansprechpartner. Denn wir können Rahmenbedingungen gestalten. Bessere Bildung schließt bessere politische Bildung für Erwachsene ein, Transparenzgesetze wie das in Hamburg überall, Medien, die sich auch darauf einstellen, tatsächlich Bürger besser politisch zu informieren. Und damit meine ich tatsächlich Werkzeuge, wie wir außerhalb der Parlamente Mehrheiten finden können, um Druck auf die Parlamente aufzubauen.

Und dann, wenn ich weiß, ich kann etwas lernen und das lohnt sich sogar, wenn ich das lerne, denn ich kann hinterher mitgestalten, dann will ich sehen, wie die Menschen handeln. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass alle ihre Stimme auf Mutti delegieren. Aber das haben wir ja jetzt schon. Also können wir nichts verlieren.

Friedrich von Borries

Herr Münkler, Sie haben vorhin beschrieben, wie unsere Demokratie funktioniert, und haben gesagt: *Demokratie funktioniert halt so*. Ich würde sagen, so funktioniert die westliche medienbasierte repräsentative Demokratie. Es ist nicht zwangsläufig das einzige Demokratiemodell, was wir haben können. Ich glaube schon, dass wir in einem Übergangszeitalter leben, wo wir merken, dass wir vor bestimmten globalen Fragestellungen stehen, die wir in diesem spezifischen nationalstaatsbasierten Demokratiemodell nicht lösen können. Deshalb werden viele Probleme, die sehr vielen der Wähler sehr bewusst sind, wozu sie sich auch äußern, und die in den Medien intensiv behandelt werden,

von der Politik, wie wir sie kennen, entweder stiefmütterlich oder symbolpolitisch behandelt.

Ihre hegemoniale Aussage, *so funktioniert Demokratie*, ist also etwas eng gefasst.

Herfried Münkler

Was ich gesagt habe, gilt natürlich auch für eine Präsenzdemokratie wie die klassische attische Demokratie, wo auf der Agora abgestimmt worden ist. Die Leute mussten anwesend sein und es wurde gar nichts delegiert.

Es sind zwei Verfahren, die man technisch Deliberation und Dezision nennt. Die Dezision ist nun einmal entscheidend hinsichtlich des Verbindlichmachens. Wir können relativ lange diskutieren, hin und her überlegen, deliberieren und derlei mehr und vielleicht auf diese Weise die Grundlage unserer Entscheidung optimieren. Ich glaube, das ist das, was Sie angesprochen haben, Frau Weisband. Aber am Schluss muss natürlich etwas herauskommen und wir sollten uns nicht trennen und sagen, *schön, dass wir mal drüber geredet haben. Wir sind jetzt alle ein bisschen klüger geworden*. Am Schluss muss eine Entscheidung stehen. Und das ist eine kollektiv verbindliche Entscheidung!

Das heißt, wenn eine Mehrheit, wie auch immer – entweder im Akt der Wahl oder in einer Volksversammlung, im Schweizer Plebiszit – zustande gekommen ist, dann hat die zu gelten. Die kann man vielleicht zeitlich limitieren, indem man sagt, okay, das ist jetzt ein Gesetz, das wird aber nach fünf Jahren wieder überprüft. Das ist eine Vorschrift, die auf Zeit gilt – von mir aus. Aber innerhalb dieses Zeitraums hat das akzeptiert zu werden. Man kann dagegen argumentieren, natürlich, aber die Bindewirkung dessen bleibt. Sonst ist sozusagen die Demokratie eine Veranstaltung, über die sich die Antidemokraten lächerlich machen. Das hatten wir schon mal in Weimar.

Juli Zeh

Ich verstehe, ehrlich gesagt, was Sie voraussetzen. Wir sind uns doch alle

einig, dass wir Gesetze haben, die in einem demokratischen Verfahren zustande kommen und dass die dann eine Gültigkeit besitzen. Wir fragen doch vielmehr danach: Sind diese Gesetze dann noch legitimiert, wenn sie zum Beispiel von einem Parlament beschlossen werden, wo sich ein soundso großer Prozentsatz der Wähler in Nichtwähler verwandelt hat, wenn sozusagen der Mitmachfaktor nicht mehr da ist?

Eine Frage finde ich persönlich viel interessanter. Die haben wir bislang ausgespart. Sie wird leider auch im öffentlichen Diskurs seit einigen Jahren massiv ausgespart. Eigentlich lautet die zentrale Frage in diesem ganzen Demokratiethema: Was bedeutet es, dass die Europäische Union inzwischen einen Großteil der verbindlichen Gesetze beschließt? Dass die verbindlich sind und wir die akzeptieren, ist ja schön und gut, nur da ist die Repräsentativkette so lang geworden, dass wir als Bürger eigentlich keinerlei messbare Anbindung mehr haben. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit. Wir werden kaum darüber informiert, was auf europäischer Ebene geschieht. Wir verstehen die Ergebnisse dieser Entscheidungen nicht mehr. Wir nehmen an Europawahlen quasi überhaupt nicht teil. Im Vergleich zu Bundeswahlen sind dort die Wahlbeteiligungen verschwindend. – Dennoch ist es aber so, dass diese Ebene – und wir wissen das seit der Krise noch genauer – immer wichtiger werden wird, weil die Antwort auf die Krise sein wird, wir müssen noch mehr Kompetenzen nach Brüssel delegieren. Das wird jetzt ein langes Gezerre und Geringe, aber das wird das Ergebnis sein, sage ich voraus.

Und das passiert aber in einem Institutionengefüge, was nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Prämisse gebaut wurde: Lasst uns das hier oben mal machen, weil, mit der Öffentlichkeit kriegen die das niemals hin. Diese Wirtschaftsunion war zu Anfang ein bewusst undemokratisches Projekt. Heute ist sie das nicht mehr. Sie möchte jetzt demokratisch sein, kriegt es aber institutionell und auch kommunikativ nicht hin.

Das ist der Punkt, der uns in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren möglicherweise um die Ohren fliegt, weil wir da eine Basisentscheidung treffen

werden müssen. Die wird irgendwann an uns aus dem Volk herangetragen werden. Nämlich an dem Tag, wo die sagen, wir akzeptieren zum Beispiel die Eurorettung nicht mehr, dann wird es Proteste geben und das wird dann wirklich unangenehme Ausmaße haben, noch unangenehmer als die Gründung der AFD.

Moderation

Aber warum sind denn so große Initiativen wie Occupy oder Anonymous oder ACTA oder, oder so schnell wieder von der Bildfläche verschwunden, haben ihr politische und ihre bürgerliche Wirksamkeit verloren? Vorhin fiel der Begriff von Frau Weisband, *die müssen irgendwann ja auch mal nach Hause und Geld verdienen, arbeiten, Familie etc.* Aber wir schauen doch verklärt in die 80er Jahre zurück: Anti-AKW, Stationierungsbeschluss Mittelstreckenwaffen usw. Da haben wir ja eine Tradition. Die scheint es nicht mehr zu geben. Oder fällt es uns schwer, sie wiederzubeleben?

Juli Zeh

Man muss erstmal fragen: Was ist denn das Ziel von einer Protestbewegung wie Occupy? Die können ja nun keine Gesetze erlassen. Das heißt, die wollen Bewusstsein schaffen. Die wollen eine Bewusstseinsveränderung bewirken und hoffen, dass die sich dann in das politische System hineingräbt. Ob da was passiert ist oder nicht, ist sehr schwer messbar. Ich würde aber nicht sagen, dass Occupy überhaupt keinen Effekt hat, weil, das Thema Kapitalismuskritik, das Hinterfragen eines als selbstverständlich angenommenen Systems hat ja in den letzten Jahren aktiv stattgefunden. Davon war Occupy eine Bewegung.

Nur, weil eine Protestbewegung beginnt und endet, dann aber kein Gong ertönt und es keine Messlatte gibt, wo steht, das und das haben sie erreicht, heißt das noch lange nicht, dass das nicht wirkt. Wir müssen da in den Erwartungen bescheidener sein. Wenn Menschen wirklich tatsächlich messbare Ergebnisse wollen, müssen sie in unserem System – Frau Weisband bestreitet das zwar, aber sie spricht über die Zukunft – in Parteien eintreten, sich dort hoch arbeiten

und Entscheidungsgewalt erlangen, indem sie ihr Leben der Sache widmen und sehr, sehr viele Verletzungen dafür in Kauf nehmen. Anders geht's nicht.

Man kann nicht sagen, *ich hab ein Transparent gemalt, ich will jetzt ein Gesetz*. So läuft das einfach nicht. Man muss dann eben den Ochsenweg gehen. Ich persönlich bin auch nach wie vor Fan dieser Art von Demokratie. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass es langsam geht, dass es schwierig ist und dass nicht jeder Empörte sofort das bekommt, was er will. Das heißt nicht, dass ich mich nicht empören gehe. Ich stehe ja selber mit dem Transparent da. Aber wenn ich einen offenen Brief schreibe, erwarte ich nicht, dass man mir antwortet. Das ist eben der Unterschied.

Friedrich von Borries

Sie haben damit die Institutionalisierungsfrage angesprochen. Das ist ein langer Weg und es ist auch völlig offen, wohin der führt. Ich würde auch nicht sagen, dass Occupy und die anderen Proteste verpufft sind. Sie haben sich ja auch teilweise bewusst gegen eine Institutionalisierung entschieden, weil das Vertrauen von manchen in diese Form der Institutionalisierung doch sehr schwach ist. Auch die im Vier- bis Fünfjahresrhythmus je nach Land getakteten Versprechen, die dann sehr oft nicht gehalten werden können oder gewollt werden, sind für manche, die im politischen Protest tätig sind, auch gar nicht erstrebens- und wünschenswert.

Wenn Sie sich die vielgerühmten Proteste der 80er Jahre angucken, haben die auch ein paar Jahre gebraucht, bis sie so institutionalisiert waren wie heute. Dabei ist viel verloren gegangen, manches auch erhalten geblieben. Und vielleicht wichtiger als das, was innerhalb einer Partei wie der DIE GRÜNEN erhalten geblieben ist, ist das, was sie in den anderen Parteien bewegt hat.

Genauso dringt auch Occupy, um das mal als ein griffiges Bild zu benutzen, in das Bewusstsein vieler gesellschaftlicher Gruppen ein. Sogar Frank Schirrmacher, Herausgeber der FAZ, ist Antikapitalist geworden. Diese

Verschiebungen sind vielleicht die viel größere Wirksamkeit als die klassische Institutionalisierung.

Moderation

Frau Weisband, Sie verweisen immer wieder darauf, dass uns das Internet neue Möglichkeiten von Partizipation, von Rückkopplung vermittelt. Liquid Feedback ist ein Stichwort. Wenn ich ins Internet gehe, wobei es *das* Internet natürlich nicht gibt, sehe ich zwei Phänomene, die sich sehr stark widersprechen. Auf der einen Seite sehen wir in Foren eine totale Kakophonie von Stimmen. Auf der anderen Seite sehen wir das, was wir im realen Leben auch sehen, nämlich dass sich ganz schnell wieder neue Monopolstrukturen herausbilden. Also, es gibt *das* Internetkaufhaus Amazon. Und nach denen gibt es erstmal lange Zeit gar nichts. Es gibt *die* Suchmaschine Google und daneben gibt es dann lange Zeit gar nichts. Ich glaube, diese Monopolstrukturen werden sich auch noch längere Zeit erhalten.

Zeigen wir im Internet dasselbe seltsame Massenphänomen, was wir in der realen Welt auch zeigen? Oder wie sehr kann ich dieser Fluidität dieses Mediums, auf die Sie so vertrauen, vertrauen, wenn ich solche Phänomene sehe?

Marina Weisband

Im Internet sind wir genau die Menschen, die wir immer sind. Wir sitzen einfach bloß vor einem Computer, einem Werkzeug. Mit jedem Werkzeug können wir alles Mögliche anstellen.

Was Monopole betrifft, bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Es gab mal dieses riesige soziale Netzwerk, wo irgendwie alle drin waren und alle Klassenkameraden waren da zu finden. Inzwischen ist Myspace eher tot. Die wechseln sich also durchaus auch ab, und zwar im Internet schneller als in der realen Welt. – Ich hasse diese Trennung reale Welt. Das Internet ist eben auch real.

Was das Internet kann über die Straße oder diesen Saal hier hinaus, ist, Menschen über Raum und über Zeit hinweg direkt miteinander zu vernetzen, und zwar in flüssigen Netzwerken, die sich ständig wandeln nach bestimmten Kriterien, die die Nutzer selbst anlegen. Genau diese Vernetzung erlaubt es uns, Strukturen zu schaffen, wo wir vielgerichtet diskutieren und abstimmen können. Damit meine ich eben nicht so etwas wie ein Forum, wo tatsächlich immer eine Kakophonie entstehen wird. Sie können ein Forum nicht als demokratische Struktur anlegen. Sie können aber durchaus Abstimmungsmechanismen als demokratische Strukturen anlegen, die dann transparent und dadurch eben nicht heimlich zu manipulieren sind, weil jeder Nutzer jeden nachvollziehen kann, und die eben auch ganz neue Möglichkeiten bieten.

Zum Beispiel: Ich könnte jetzt jedem im Saal eine Orange geben. Das wäre seine Stimme. Und er könnte die Stimme entweder selbst in einen Kasten werfen zum Abstimmen, ja oder nein. Oder er könnte sie seinem Nachbarn geben und dann wirft der zwei Orangen in den Kasten. Aber wenn wir das auf Deutschland skalieren, wird es schon ziemlich unmöglich. Dann müsste ich die ganze Zeit mit meinen Orangen rumfahren. Es ist nicht so praktikabel. Im Internet geht das. Da können wir dieses Delegationsprinzip ausprobieren. Liquid Feedback ist ja nicht das Einzige, was das macht und nutzt.

Das sind die Mittel, wo ich sage: Mein Gott, was wir in Foren oder auf Mailinglisten sehen, ist nicht *das* Internet. Das sind bestimmte Plattformen im Internet, die sich für bestimmte Dinge eignen und für andere nun mal nicht.

Moderation

Aber kommen nicht auch im Internet bei diesem Szenario, das Sie beschrieben haben, auch die Gruppen mit Organisationsvorteilen, die dann den Gruppen mit Organisationsnachteilen gegenüberstehen. Dann haben wir das gleiche Spiel, was wir in der analogen Welt haben, auch in der digitalen Welt. Und es ist eigentlich kein anderes Spiel, außer dass es dann vielleicht virtuell stattfindet und Liquid Democracy heißt.

Marina Weisband

Exakt. Es hat viele Nachteile der normalen menschlichen Welt, die wir bisher nicht verbessern konnten oder manchmal auch nicht wollten. Aber zum Beispiel haben wir im Internet einfach andere Privilegien als in der analogen Welt. Ich habe keinen Nachteil dadurch, eine junge Frau zu sein in Diskussionen, weil keiner weiß, was ich bin. Und es interessiert auch nicht. Es interessiert, was ich zu sagen habe. Das ist ein großer Vorteil, den wir im Internet haben.

Außerdem können wir leichter Menschen mobilisieren, die zum Beispiel auf dem Land wohnen, die sich plötzlich unmittelbar mit der städtischen Kultur vernetzen können, wenn sie wollen. Das bedeutet, wir haben schon viele Vorteile. Wir haben wiederum dann Nachteile bei weniger technikaffinen Menschen, die aber – glaube ich – mit der Zeit sich auch so ein bisschen angleichen.

Wichtig ist, dass wir lernen, dieses Werkzeug zu nutzen, und dass wir sehen, welche Vorteile es uns bringt. Welche Gefahren, welche Nachteile hat es, aber was können wir nutzen?

Herfried Münkler

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass einander im Internet begegnen ein soziales, aber kein politisches Ereignis ist. Das ist ein Ereignis, wie wenn man auf einen großen Platz geht. Da stehen auch andere rum. Vielleicht spricht man die an oder man geht nur an ihnen vorbei und schaut sie an. Aber das hat ja keine Folgen. Das ist vielleicht für einen selber unterhaltsam, für andere auch. Man sieht das eine und das andere und verschafft sich Abwechslung.

Wie wird das gewissermaßen zu einem politischen Ereignis? Da muss ich sagen: Wenn Sie jetzt zum wiederholten Male mit diesem Gedanken der Abtretung von Stimmen kommen, das ist eigentlich das Schlimmste, was man erzählen kann. Denn da muss man nochmal drüber nachdenken, warum die Liberalen konsequent dagegen gewesen sind, dass die Bauern und Knechte auf den ostelbischen Gütern Stimmrecht bekommen haben, weil sie nämlich

wussten, dass alle diejenigen, die auf einem solchen Gutshof beschäftigt sind, die konservative Partei wählen, die der Gutsbesitzer wählt.

Also, sozusagen die Sicherstellung, dass man sich über seine eigenen Interessen Gedanken macht, dass man nicht gewissermaßen zur kleinen Mutti geht, was Sie ja für das Internet annoncieren und sagen, *du hast doch viel mehr Ahnung, du weißt das, ich geb dir das mal*. Nein, eigentlich ist Demokratie ein Prozess, der einen dazu zwingt sich damit auseinanderzusetzen, auch mit unangenehmen Fragen. Und diejenigen, denen das zu unangenehm ist, die gehen dann halt nicht wählen oder klicken sich raus. Es ist ihnen zu anstrengend.

Diese Brücken, die Sie da mit Stimmübertragung und Kumulation und derlei mehr bauen, sind mir ausgesprochen unsympathisch, weil sie im Prinzip darauf hinauslaufen, dass eine ganz bestimmte Gruppe – das sind nicht mehr die ostelbischen Gutsbesitzer, die gibt's nicht mehr in dieser Weise, sondern das sind im Prinzip hoch motivierte, engagierte bürgerliche Mittelschichten, die von sich selber sagen, sie seien im Prinzip der besser informierte Teil –dadurch unverhältnismäßig viel Macht bekommt. Das ist mir unsympathisch.

Juli Zeh

Ich bin auch kein Freund der Stimmendelegierung, auch wegen Missbrauchsgefahren und dergleichen mehr. Aber ich finde trotzdem: Ohne dass man das Internet, wie Sie das in Ihrer Frage vorhin ein bisschen mit hinein suggeriert hatten, als eine Art Gesundheitsmittel für die apolitische Gesellschaft betrachtet, sondern es ist genau, wie Frau Weisband sagt, ein Werkzeug, das wir so oder so benutzen können, würde ich nicht sagen, es taugt nur für soziale Begegnungen und nicht für politische.

Man muss einfach darauf schauen, das wäre für meinen Geschmack der sinnvollste Ansatz, wie wir es als erstmal niederschwellige Ergänzung zum bestehenden System verwenden können.

Den größten Vorteil, den ich sehe, auch aufgrund des Erlebens meiner eigenen Person, ist, dass die Teilhabe im Internet unheimlich wenig Arbeit macht. Schon das Teilnehmen an einer Demonstration verlangt ja, dass ich das Haus verlasse. Da draußen gibt's dann Regen oder anderes Wetter. Also, man kann im Internet eine Stimme abgeben, wenn dafür Strukturen da sind, und braucht – wenn man das so möchte – nicht mehr als fünf Sekunden und wird nicht nass.

Wenn also zum Beispiel Parteien, und dafür würde ich sehr plädieren, endlich verstehen würden, dass die den Schwund ihrer Mitglieder aufhalten können, wenn sie den gewünschten Mitgliedern klarmachen, dass eine Partei nicht nur irgendein Verein ist, bei dem man seine Gebühr bezahlt, sondern dass das ein Gestaltungsraum ist, dann wäre parteiintern zum Beispiel das Internet eine sehr valide Möglichkeit, um zu sagen, wir führen hier Mitgliederbefragungen durch. Das muss nicht gleich zu verbindlichen Entscheidungen führen. Demokratie findet auch unterhalb der verbindlichen Entscheidung statt. Man kann Meinungsbilder machen. Man kann den Leuten immer wieder das Gefühl geben – nicht nur als kosmetischer Akt, das ist ernst gemeint – *wir hören auf euch als Basis und wir haben jetzt ein Instrument, mit dem wir das sehr unaufwendig und sehr kostengünstig tun können*, anstatt zu sagen, *ihr tretet hier zwar ein, aber entweder ihr geht die komplette Ochsentour oder gar nicht*.

Man könnte sozusagen so einen halbaktiven Demokraten generieren. Ich glaube, das ist genau der, den wir brauchen. Wir brauchen nicht 83 Millionen Hundertprozentige. Dann bricht das System zusammen. Also, ein bisschen mehr okay, aber dann wären wir auch schon zufrieden. Wir brauchen nicht 83 Millionen Bundeskanzler.

Marina Weisband

Ich möchte gerne auf Ihre Frage eingehen: Wo finden im Internet bei uns politische Begegnungen statt?

Da gibt es tatsächlich ziemlich viel. Wenn Sie in Friesland wohnen oder in Städten, die einen Bürgerhaushalt haben, dort kann man sich online einbringen.

Es werden Onlinemehrheiten gefunden, die dann auf der lokalen Ebene einen entsprechenden Druck auf die lokalen Politiker erzeugen. Innerhalb der Partei versuchen wir bei den Piraten eine Satzung zu schreiben, die es zulässt, dass wir verbindliche Entscheidungen über das Internet treffen. Ich finde es an der Stelle auch wichtig, dass die verbindlich sind. Denn die Teilnahme, die wir beobachten, ist einfach geringer, wenn sie unverbindlich sind.

Was Ihr Argument gegen die Stimmendelegation betrifft, verstehe ich das nicht ganz. Sie sagen, Sie wollen nicht, dass eine aktive Mittelschicht die Politik dominiert. Aber andererseits sagen Sie dann: Wenn jemand sich nicht mit den Themen beschäftigen will, dann macht er das auch nicht und dann stimmen nur die ab, die sich beschäftigen wollen. Aber das sind ja gerade die gut informierten Aktiven. Das heißt, wir hätten tatsächlich eine Zeit-Elite, die aber nicht mal gewählt ist, die von niemandem bestätigt ist. Jeder, der genug Zeit hat, bringt sich umso aktiver ein. Das finde ich nicht richtig.

Wenn Sie es nicht gutheißen, dass man seine Stimme und damit seine Macht auf eine bestimmte Zeit abgibt, bis man sie wieder zurücknimmt, dann sollten Sie gegen Wahlen sein. Denn das ist genau das, was wir tun. Im Moment machen wir Zwangsdelegationen alle vier Jahre. Was ich nicht kann, ist, meine Stimme behalten. Ich gebe sie in jedem Fall ab.

Moderation

Herr von Borries, Sie schütteln den Kopf.

Friedrich von Borries

Ich grummele hier so vor mich hin und habe ein bisschen Bauchschmerzen, weil ich langsam das Gefühl habe, dass wir hier irgendwo zwischen alter westdeutscher Wohlfahrtsdemokratie und Internetfantasie versuchen, die Demokratiedefizite der Gegenwart nicht zu fassen, an ihnen vorbeizureden oder nur so Teilausschnitte irgendwie anzugucken.

Mich belastet geradezu diese Diskrepanz, auch gerade beim letzten Bundestagswahlkampf, zwischen dem, was uns in Elefantenrunden und Ähnlichem als politische Probleme präsentiert wurde – ich erwähne nur schwerwiegende Fragestellungen wie *Wird es eine Pkw-Maut geben oder nicht? Geben Sie Ihr Ehrenwort?*, das sind sozusagen die *großen* Fragen, die dann diskutiert werden –, und den tatsächlichen Problemen, vor denen wir stehen. Wir haben es jetzt vor ein paar Tagen wieder erlebt. Lampedusa, globale soziale Ungerechtigkeit, vor auch wenigen Tagen Weltklimabericht etc., das sind alles die ganz großen Fragen, globale Kriege etc., die in der Politik, über die wir dann abstimmen, nicht verhandelt werden.

Die Politiker, die wir wählen, müssen darüber ja entscheiden. Aber irgendwie passiert es nicht zwischen uns und ihnen. Das sind nicht die Wahlkampfthemen, sondern das sind die Themen auf ganz abgehobenen politischen Ebenen oder auf dem täglichen Feuilleton, aber nicht in unserem politischen Diskurs. Da gibt's eine ganz große Diskrepanz.

Über die haben wir jetzt auch noch gar nicht geredet. Wir sind nicht bei der Pkw-Maut geblieben, aber doch sehr in einer Begrifflichkeit, die viel damit zu tun hat, dass ich Zugang zum Internet habe und mir einen Computer leisten kann, also schon zu einer gewissen globalen Elite gehöre, oder dass ich hier in dieser westlichen Welt lebe, in der es mir eh gut geht, und wir darüber diskutieren, ob die institutionalisierte Parteiendemokratie noch optimiert werden kann oder nicht. Da fehlt mir bei diesen Fragen *Wo ist das Volk? Wer ist das Volk? Was ist Demokratie heute?* einfach ein bisschen was.

Moderation

Haben Sie selbst eine Antwort auf diese Diskrepanz zwischen dem öffentlichen politischen Diskurs und den eigentlichen Problemen? Es gibt ein interessantes Zitat von Ihnen. Ich habe es gleich gespiegelt gefunden, einmal in Ihrem Roman, da sagt der Held: „Wenn du etwas verändern willst, musst du aus der Idee ein attraktives Produkt machen“, und einmal von Ihnen quasi selbst direkt: „Diejenigen, die gestalten, also Designer, Architekten und Künstler, sind die

Einzigen in unserer Gesellschaft, die andere wirklich von neuen Ideen überzeugen können.“ Also, Künstler an die Macht, weil sie das besser transportieren können als die Politik?

Friedrich von Borries

Ich bin nicht Jonathan Meese, um das klarzustellen. Aber ja, es fehlt heute Gestaltungswille in der politischen Kommunikation. Wirklich zu gestalten in großen Fragen wird, glaube ich, systematisch ausgeblendet. Und politische Diskurse werden runtergebrochen auf Prozentpunkte in Mehrwertsteuererhöhungen oder Pkw-Maut oder andere Fragestellungen. Ich glaube, das, was die Leute wirklich bewegt, wird sehr wenig diskutiert. Das ist, glaube ich, einer der Gründe, warum sehr viele, die Empörten, andere Wege suchen, andere Foren oder Räume.

Moderation

Aber warum wird es so wenig diskutiert? Weil wir es nicht einfordern oder weil man glaubt, dass wir darüber nicht diskutieren wollen? Wer ist die Henne? Wer ist das Ei?

Juli Zeh

Ganz sicher machen ja die Parteien ihren Wahlkampf nicht aus Spaß in einer bestimmten Gestalt, sondern die überlegen sich ganz klar: Was hat ihrer Meinung nach umfragewertsteigernden Effekt. Das Aussparen von Themen wie Europa, NSA, Lampedusa usw. passiert deswegen, weil das keine Wohlfühlthemen sind, weil die Leute dann verunsichert sind und vielleicht eben feststellen, dass doch nicht alles so super in Ordnung ist. Man muss da eben sehr genau fragen. Als Diagnose ist das richtig. Aber das ist, glaube ich, kein Systemfehler, sondern das ist ein Problem der medialen Vermittlung von Schwierigkeiten, von kritikfähigen Umständen. Und es liegt zum Teil natürlich in der Bevölkerung selbst, die – wie Sie es gerade gesagt haben – nicht lautstark genug einfordert, mit bestimmten Themen auch konfrontiert zu werden.

Moderation

Wir sind zu bequem? Wir haben Angst davor, uns wirklich diesen Fragestellungen zu stellen, wir als Bürger, als Wähler, als Teil des Volkes?

Herfried Münkler

Da muss man noch mal unterscheiden zwischen dem, was ich vorhin Deliberieren und Dezision genannt habe. Denn der Witz demokratischer Verfahren ist ja, dass am Schluss das Ganze eben in Alternativen gegossen werden muss, bei denen ich sage, entweder das oder jenes.

Und wenn die Probleme so groß sind, dass eben diese Komplexitätsreduktion Ja oder Nein nicht eintritt, und ich fürchte, die Probleme, die Sie angesprochen haben, sind solche Probleme, dann sind es welche, die sich diesem Verfahren – jedenfalls im Sinne der demokratischen Entscheidung – zunächst entziehen. Das kann heißen, sie sind noch nicht reif dafür. Sie sind noch nicht so weit erörtert worden. Das kann heißen, sie sind noch nicht dringlich genug. Es kann aber auch heißen, dass es Verfahren oder Prozesse sind, die auf dieser Ebene nicht entschieden werden können. Das machen wir ja in gewisser Hinsicht. Wir stellen ja permanent politische Entscheidungen auf Dauer, indem wir sie in Gesetzesform gießen, also Recht als geronnene Politik.

Und wir richten uns sozusagen darin ein, dass viele dieser Fragen nicht morgen, übermorgen und überübermorgen wieder entschieden werden, sondern dass wir eine gewisse Verlässlichkeit bekommen. Das ist eine Form, aus dem Dilemma auszusteigen. Die andere Form ist, es gibt möglicherweise Probleme, die sind – Frau Zeh hat von diesen langen Repräsentationslinien im Hinblick auf das Europaparlament gesprochen – so komplex, dass sie sich für eine politische Entscheidung – Klammer auf – *noch* – Klammer zu – nicht eignen.

Juli Zeh

Dem will ich ganz stark widersprechen. Ein Problem ist nur so komplex, wie man es darstellt. Weder sind die Menschen im Land zu dumm, noch die

Probleme zu schwierig. Die Frage ist nur: Will man Problem und Mensch zusammenbringen, ja oder nein? Möglich ist das. Also, man kann auch die Eurokrise erklären. Das geht.

Friedrich von Borries

Wir haben für diese großen globalen Probleme, die wir ja alle erleben, entweder medial vermittelt oder teilweise auch unmittelbar, nicht die Institutionen, mit denen das, was Sie auch als Kollektiv benannt haben, funktioniert. Das Kollektiv ist teilweise größer als das, was wir im Moment als Wahlvolk für die jeweiligen Institutionen zur Verfügung haben, oder, wie Juli Zeh das beschrieben hat: Da, wo die europäische Union besteht und wir zwar auch ein Europaparlament wählen, erleben wir uns nicht als gemeinsames Wahlvolk, nicht als Kollektiv.

Da gibt es verschiedene Ansätze, die Neues versuchen, ob das jetzt Occupy ist mit neuen Diskussionsformen etc., oder ob das im Internet organisierte Dinge sind, die auch – glaube ich – alle noch nicht funktionieren, oder ob das diese spontan lokal organisierten Empörungsmomente sind, wo man schon auf verschiedenen Ebenen merkt, vielen Leuten geht es so, dass sie irgendwie finden, dass die Kleider, die wir haben, nicht zu dem Körper passen, der diese Probleme bewältigen muss. Das ist, glaube ich, eine sehr spannende Umbruchsituation zwischen Globalisierung, neuen Technologien und auch einem anderen Selbstverständnis, wie man sich wo, warum, zu welchen Themen einbringt.

Herfried Münkler

Es gibt einen Einwand gegen dieses Argument, nämlich dass die Wahlbeteiligung auf der kommunalen Ebene auch verdammt niedrig ist. Dort, wo man im Prinzip relativ klar überschauen kann, was die Frage ist, ob man das Geld für eine neue Kanalisation oder eine Stadthalle oder was auch immer ausgibt, dort hat man teilweise Wahlbeteiligungen von 30 Prozent. Also, die bewegen sich ungefähr auf der Ebene von Europa.

Das ist ein Problem, über das man nachdenken muss. Sonst wäre ja diese Antwort ganz sympathisch, dass man sagt, je konkreter die Alternative ist, desto höher ist die Beteiligung – ist sie eben nicht, sagt der Sozialwissenschaftler.

Marina Weisband

Ich glaube, wir müssen uns tatsächlich langsam auch von dem Gedanken verabschieden, Demokratie immer nur in Grenzen von Nationalstaaten zu denken. Wir brauchen langsam internationale, europäische, stark demokratische europäische Gremien. Wir müssen das Europaparlament demokratisieren. Und wir brauchen auch so etwas wie ein möglichst weltweites demokratisches Gremium. Ich weiß, das ist totale Utopie und Zukunftsmusik, aber die Probleme vor denen wir stehen – internationaler Abhörskandal und niemand ist verantwortlich, weil diese Kabel einfach durch alle Länder der Erde fließen und man die Server überall hinstellen kann –, wenn wir das irgendwie gesetzlich regeln wollen, brauchen wir eine Art von international übergreifende Mechanismen.

Moderation

Aber wir haben ja nun schon gerade einen Weltklimarat, der massiv in die Krise und Legitimationsprobleme hineingelaufen ist. Warum soll es jetzt in anderen Bereichen klappen, was unter Klimaforschern und Klimapolitikern schon nicht funktioniert?

Marina Weisband

Weil die erste Erfindung nie funktioniert.

Publikumsbeitrag

Ich find diese Diskussion mit Ilija Trojanow wunderbar. Da erhebt ein Bürger einen Anspruch, er wolle in einen anderen Staat einreisen. Ist ja schön. Hat der Staat keine Rechte mehr, ihn zurückzuweisen, zu sagen, er möge eine sympathische Person sein, aber man wolle ihn im Augenblick jedenfalls nicht sehen? Dann sind wir schon fast wieder bei Lampedusa. Da gehen Leute, die

unter Druck sind, auf ein Boot, was erkennbar ein Seelenverkäufer ist. Sie gehen auch noch in einer derartigen Menge drauf, dass sie eigentlich...,

Einwurf Moderation Worauf zielt Ihre Frage?

..dächten sie mit, erkennen könnten, dass es überhaupt nicht gut gehen kann. Und müssen wir uns von allen diesen Gegebenheiten so unter Druck setzen lassen? Das denke ich nicht. Aber vielleicht kriege ich eine andere Antwort, dass wir das alles akzeptieren müssen, was Medien plötzlich wichtig finden.

Herfried Münkler

Ich glaube, zu den Voraussetzungen des Politischen gehört, dass Raum in Räume verteilt wird. Das heißt, das Politische beginnt dort, wo Grenzen gezogen werden. Das sind Grenzen der Handlungsfähigkeit. Wenn es diese Grenzen nicht mehr gibt, verpufft gewissermaßen Handlungsfähigkeit. Das ist ein Problem, über das wir gesprochen haben. Insofern ist es ein guter Punkt, den Sie angesprochen haben. Welche Bedeutung haben Grenzen?

Es ist in den letzten 20, 30 Jahren sozusagen schick geworden, en vogue, Grenzen zu demolieren, Grenzen niederzureißen. Aber dass wir damit uns eigentlich die politische Handlungsfähigkeit genommen haben, in Räume hineingegangen sind, die zu groß sind in der Reichweite, das ist nicht bedacht worden. Das sind sozusagen die negativen Effekte einer Utopie, die hier in eine Dystopie umschlägt. Insofern ist es sicherlich richtig, wenn Sie sagen, ein Staat kann auch ohne Angabe von Gründen jemandem sagen, wir wollen dich nicht.

Aber er hat dabei ein Problem. Er muss bereit sein, sich dann auch skandalisieren zu lassen. Und genau das ist die Diskussion. Die USA sagen, wir wollen ihn nicht. Ja, gut. Dann kann er halt nicht rein.

Ich meine, die Amerikaner werden deswegen nicht in die Knie gehen, aber es wird eine Diskussion bei uns geben, wie lieb wir die Amerikaner dafür haben.

Marina Weisband

Ich muss sehr widersprechen. Was heißt, es ist en vogue? Wir haben Flüchtlinge, die vor einem Bürgerkrieg davonlaufen, die das Leben ihrer Kinder, ihrer Familien zu retten versuchen. Und wir sagen, na ja, es ist ja jetzt wirklich en vogue geworden, hier alle Grenzen einzureißen.

Wir sind eines der reichsten Länder der Welt und Asyl ist ein Menschenrecht! Es ist für mich keine Frage. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Ich bin selbst als Flüchtling hier. Es hat mir das Leben gerettet. Es ist für mich keine Frage, ob ein Staat, der nun mal deutlich von einer Krise der umliegenden Staaten profitiert, der so viel Geld und Vermögen hat wie kaum ein anderer Staat, ob der es sich leisten kann, Sterbende zu retten.

Herfried Münkler

Das stimmt nicht. All das sind empirisch falsche Aussagen, die Sie treffen.

Juli Zeh

Ich würde gern jenseits des Lampedusa-Problems auch noch mal die Formulierung aufgreifen, es sei en vogue, Grenzen niederzureißen.

Wir müssen schon sehen, dass die internationalen Gremien, die wir jetzt haben, ich nenne mal beispielhaft die Europäische Union als europäisches Projekt und die Vereinten Nationen als globales Projekt, nicht aus Modegründen ins Leben gerufen worden sind, sondern sie waren zum einen im Falle Europas erstmal ein Versöhnungsprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg. Man hat empirisch beobachtet, wozu die Grenzen in Europa geführt haben, und fand dann die Idee, dass man erst grenzüberschreitend und dann grenzensenkend miteinander kommuniziert und auch handelt, eben attraktiv.

Das Zweite, die Vereinten Nationen haben sich deswegen gegründet, weil man schon sehr früh erkannt hat, dass sich Probleme globalisieren werden. Und genau das ist eingetreten. Und wenn jetzt Herr von Borries zurecht sagt, wir werden in Zukunft weitere Institutionen brauchen, die mit grenzenlosen

Problemen umgehen können, dann müssen wir uns tatsächlich möglichst früh damit beschäftigen, politisch, soziologisch, in jeder Hinsicht – was auch immer das für Institutionen sein können. Denn die, die wir haben, die Europäische Union und die UNO als die beiden wichtigsten, sind gewissermaßen rückläufig. Es gab Stagnationen. Und im Bereich der Vereinten Nationen gibt es sogar Rückschritte. Die UNO hat vor 20 Jahren besser funktioniert als sie es heute tut.

Das ist genau das Problem, die Kluft zwischen der Internationalität der Probleme und der Nichthandlungsfähigkeit von internationalen Organisationen wird immer größer. Ich glaube, das ist etwas, womit wir uns stark auseinandersetzen sollten. Das hat nichts mit Fashion zu tun.

Publikumsbeitrag

Ist man in Bezug auf Demokratie nicht ein bisschen zu pessimistisch? Es gibt den berühmten Satz: Demokratie ist eine sehr schlechte Regierungsreform, aber es ist die beste, die man halt so kennt. Und ein Problem, das sie hat, ist, dass sie langsam agiert und die Dinge nicht gleich am nächsten Tag geregelt sind, die anstehen. Das ist ein Problem. Zum Beispiel die Frage der Europäischen Union, der Finanzierung der Schulden – hier ist jetzt eine neue Partei aufgestanden, die einen neuen Weg weist. So funktioniert das in der Demokratie. Und es gibt andere Probleme. Bezüglich der Zuwanderung, da habe ich heute gehört, dass in Frankreich gewählt wurde und dass man dort eine sehr negative Einstellung, verglichen mit dem, was hier gesagt wurde, im demokratischen Verfahren entwickelt hat zu diesem Thema. Es geht nur alles langsam. Finden Sie nicht auch, dass man ein bisschen mehr Optimismus hier zeigen kann?

Moderation

Herr von Borries, ist das Ihr Thema, Optimismus in die Demokratie?

Friedrich von Borries

Ich glaube, alle, die hier sitzen, haben tiefes Vertrauen in demokratische

Verfahren, aber die Frage ist: Was sind die richtigen Verfahren für welche Probleme und Fragestellungen?

Manche demokratischen Abstimmungen über die europäischen Einwanderungsbedingungen würden anders aussehen, wenn man die Afrikaner mit abstimmen ließe. Das ist wiederum eine Frage des Raumes, das hat Herr Münkler angesprochen, und die Frage des Kollektives. Was begreifen wir eigentlich als Kollektiv?

Die Auseinandersetzung oder die Probleme – in Anführungszeichen – mit den USA haben, glaube ich, gezeigt, dass zumindest meine Generation ein allzu optimistisches Verständnis davon hatte, was für ein Kollektiv wir so als westliche Welt irgendwie seien, wo man augenscheinlich eine falsche Vorstellung davon hatte, dass natürlich Amerika und Europa irgendwie zusammengehören. Und wir merken plötzlich – das ist ja ganz richtig beschrieben worden – nein, natürlich nicht. Die USA funktioniert teilweise etwas anders als Europa oder als Deutschland. Natürlich haben die das Recht, Leute nicht reinzulassen, wenn sie das nicht möchten. Es kommt uns aber trotzdem befremdlich vor, aus welchen möglichen Gründen, welche Vergehen man denn irgendwie gemacht haben soll. Man füllt ja immer so was aus, ob man Nazi war, AIDS-krank ist, Völkermord begangen hat, Drogen gehandelt hat, da kann man auch darüber streiten, ob das wirklich alles drauf muss. Aber es sind auch Sachen, die stehen da nicht drauf und man versteht sie nicht. Und das ist uns fremd. Aber das ist einfach ein großes Missverständnis gewesen, wo wir unsere Vorstellungen korrigieren müssen.

Ich glaube, die entscheidende Frage ist schon, wer sozusagen dieses Volk oder das Kollektiv ist, was jetzt demokratisch über Sachen entscheidet: Wie viel wirkliche Demokratie und Freiheit haben wir, wenn wir sagen, *klar, unsere Demokratie funktioniert in diesem Raum und der Raum da draußen interessiert mich jetzt halt nicht mehr?* Das ist ja das Spannende an dem Versuch von internationalen Abkommen, da andere Regelungen zu finden. Da wird es irgendwie umbrechen.

Letzter Satz: Die wirklich spannende Frage ist ja, wie diese Umbrüche verlaufen. Wir sehen das gerade ganz dramatisch im arabischen Raum, dass diese gesellschaftlichen Umbrüche sehr blutig, sehr gefährlich verlaufen – auch wenn sie gemessen an der europäischen Geschichte im Moment recht friedlich sind. So was wollen wir ja nicht haben, aber irgendwann müssen wir einen Weg finden, wie wir weltdemokratisch mit globaler Ungleichheit umgehen. Im Moment sind das Seelenverkäufer, die da rüber fahren. Werden wir mal sehen, wenn die soziale Ungleichheit erhalten bleibt, wie die Mauern, die wir um Europa ziehen, auf uns selbst zurückwirken und wann sie einbrechen. Dann ist Schluss mit lustig und mit der schönen Wohlfahrtsdemokratie, die wir im Moment haben.

Moderation

Heute ist Tag der Physiknobelpreise. Es gibt das Raum-Zeit-Kontinuum. Jetzt haben Sie den Raum benannt. Die Frage war aber auch die nach der Zeit, die Demokratie braucht. Sind wir zu ungeduldig?

Friedrich von Borries

Wenn man die Toten zählt im Mittelmeer, kann man eigentlich nicht ungeduldig genug sein, oder?

Moderation

Ich habe gelesen, Juli Zeh besucht Gemeinderatssitzungen. Ist Langsamkeit vielleicht auch an manchen Punkten ein Vorteil von Demokratie?

Juli Zeh

Klar. Wenn man den Tod im Mittelmeer gegen das Bedürfnis nach Langsamkeit stellt, dann sinken jetzt alle meine Argumente zu Boden. Das ist klar. Aber wenn wir mal nicht das emotional aufwühlende Drama eines solchen Falles ins Auge fassen, sondern den Versuch, auch mit längerfristig angelegten Problemen zurechtzukommen, dann ist es so, wie der Fragesteller das beschrieben hat. Demokratie ist tatsächlich ein bewusstes Verfahren zur Entschleunigung. Denn schnelle Entscheidungen sind autoritäre oder sogar

totalitäre Entscheidungen. Das ist einfach so. Wenn es wirklich schnell gehen soll, dann entscheidet einer. Und Demokratie ist eben die Grundidee, wie man die Konzentration von Macht verhindert – indem man die Macht verteilt. Und sobald das passiert, kommt das schöne Sprichwort: Viele Köche verderben den Brei. Also, was am Ende rauskommt, hat erstens gedauert und zweitens will es keiner.

Aber das ist Absicht. Das ist das Wesen von Kompromissen, dass immer alle frustriert sind und das Gefühl haben, nicht das bekommen zu haben, was sie wollten. Ich glaube, wenn das flächendeckend verstanden würde, dann würde die Politikverdrossenheit schon mal wie ein Ballon auf halbe Größe in sich zusammenschnurren, weil da zum Teil auch einfach übersteigerte Erwartungen auf unser System gerichtet werden und weil es insofern nicht mehr zeitgemäß ist, das meine ich aber jetzt nicht wertend, sondern eher ironisch, als dass wir eben auch stark erzogen werden von einem sehr beschleunigten Aufmerksamkeitsbetrieb, immer sofort Ergebnisse zu verlangen, weil wir ja sowieso wissen, dass sich in 14 Tagen keiner mehr ans Problem erinnern kann.

Dass diese Themen aber in Wahrheit in diesem Apparat in Ausschüssen, Gremien usw. die ganze Zeit weiter beackert werden und vielleicht sogar drei Jahre später ein Gesetz dabei herauskommt, ist uns gar nicht bewusst. Wir haben dann das Gefühl, es sei nichts passiert, niemand habe etwas getan. Das ist aber dann oft eben auch ein Wahrnehmungsproblem.

Also nochmal: Ich glaube, wir sind hier oben gar keine Pessimisten. Der Eindruck entsteht eben nur, wenn man versucht, über Probleme zu sprechen. Wir können uns ja auch nicht treffen und sagen, *ich find's super hier, Sie auch, läuft*, und dann gehen wir wieder. Wir versuchen ja etwas zu besprechen, was tatsächlich auch messbar und kritisch zu betrachten ist. – Es gibt ein schwindendes Interesse in der Bevölkerung für das, was wir Politik nennen. Das ist aber jetzt keine Apokalypse.

Marina Weisband

Um das zu ergänzen: Ich finde sogar, dass in einigen Bereichen der Politik, vor allem denen, die mehr mit dem medialen Aspekt zu tun haben, Demokratie viel zu schnell passiert. Teilweise kriegen Abgeordnete 200 Seiten auf den Tisch. Das ist dann irgendwie der Antragstext. Den muss man dann bis Montagfrüh gelesen haben. Dafür hat niemand Zeit, man überblättert das so. Und hinterher steht man beim ZDF vor der Kamera und hat eigentlich keine Ahnung, was da richtig drin gestanden hat. Das ist uns ja passiert. Das war superpeinlich für die Abgeordneten, aber nicht Schuld der Abgeordneten. Es ist ein Prozess, der manchmal sehr gehetzt ist.

Ich habe das selber erlebt, dass ich 8.00 Uhr morgens aus dem Bett geklingelt wurde: *Frau Weisband, was sagen Sie denn jetzt zu diesem Thema, dass der Parteikollege da... - Was? Ich weiß nicht genau...* Ich glaube, da könnten wir sogar entschleunigen.

Moderation

Wir waren auch verduzt im Vorgespräch, dass Juli Zeh und Frau Weisband noch nie zusammen auf einem Podium gesessen haben. Kann man ja mal erwähnen. Es war eine Premiere, eine Idee. Machen Sie was draus.

Publikumsbeitrag

Es ist eigentlich abgedroschen, was ich zu bemerken habe, aber wir leben ja seit Jahrzehnten in diesem Land und auch in Europa in Frieden.

Einwurf Moderation - Nicht ganz.

Muss bei diesen Themen, die uns unter den Nägeln brennen, erst Gewalt her? Müssen wir erst in Revolution auf die Straße gehen und muss erst Blut fließen? Ich denke mir, eigentlich geht es uns wohl. Das lähmt natürlich Demokratie, aber wir wollen es nicht anerkennen. Das ist das eine.

Das andere ist, dass ich die Rolle der Medien mal ansprechen möchte. Das ist auch nicht vorgekommen. Wenn es schon so schwierig ist, dass die Menschen mit ihren Problemen durchdringen zu den Politikern, die ja unsere Vertreter sind, und dass da nicht neue Mehrheiten entstehen, müssen wir die Medien nicht flott machen, müssen wir denen nicht Beine machen, damit die Themen, die uns unter den Nägeln brennen, im Grunde besser bewältigt werden?

Herfried Münkler

Ich will das Problem, das Sie angesprochen haben, gerne mit dem Problem der Bilder des Schiffs von Lampedusa verknüpfen. Demokratie ist ein Verfahren, das eigentlich wortgestützt ist. Bilder sind ein Problem demokratischer Entscheidungs- und Reflektionsprozesse, weil Bilder in hohem Maße geeignet sind, Emotionen zu wecken und darüber Zeitdruck zu generieren. Wenn man schnell reagieren will, dann hat man nicht viel Zeit. Also, wir müssen da was tun, was ja sozusagen der durchgängige Tenor nach der Katastrophe von Lampedusa. Aber was getan werden soll, das liegt dann relativ im Nebel. Ob das möglicherweise Folgen haben könnte, die unterm Strich negativer sind als das, was jetzt ist, wäre erst noch zu erörtern.

Ich will das erläutern an den bekannten Beispielen, mit denen Interventionen oder Spendenaktionen generiert werden. Die Ikone des deutschen Fernsehens ist bekanntlich: Mutter, Kind plus Fliegen, wenn man eine Spendenaktion in Gang setzen will. Das wird fast immer gezeigt. Und dann wird gespendet oder es wird nicht gespendet. Und wenn eine besondere Grausamkeit in bestimmten Gebieten ist, dann wird möglicherweise sogar Militär in Gang gesetzt.

Das sind aber in der Regel sehr unbedachte Reaktionen. Und zwei Monate später stellt man fest, dass man da wo hingegangen ist, wo man überhaupt keine Probleme lösen kann, oder dass das furchtbar teuer wird oder was auch immer.

Das heißt, das Problem der Medien und der Demokratie ist, dass darüber, sozusagen über dem Eindruck der Unmittelbarkeit, über die Evidenz des Todes

etwas generiert wird, das jenseits der klugen Reflektion auf die möglichen, nicht intendierten Folgen und Nebenfolgen unseres Handelns durchschlägt.

Deswegen finde ich, ja, es gibt Probleme, die haben aber in hohem Maße damit zu tun, dass solche Zeitdrücke entstehen. Und Demokratie muss dann wieder entschleunigen in dem Sinne, dass wir uns Gedanken darüber machen: Was heißt das denn, wenn man beispielsweise irgendwo in Nairobi eine Stelle errichtet, die sagt, pro Jahr können 2.000 Leute nach Deutschland einreisen und das geht alles ganz in Ordnung und die müssen nicht mehr übers Mittelmeer? Wird das den Druck aufs Mittelmeer, auf die Schiffe erhöhen oder wird es ihn absenken? Es wird der Eindruck erweckt, es würde ihn absenken. Das ist der Tenor. Ich bezweifle, dass das der Fall ist. Es wäre ein Experiment vielleicht mal wert.

Also, dieser Punkt zeigt uns, Medien und Demokratie haben ein komplexes Verhältnis, und wir sollten immer daran denken, dass dieses Verfahren gegründet ist auf dem Wort und dem Argument. Das ist nun einmal ein zeitaufwendiges Verfahren und oft muss man darüber auch noch mal nachdenken.

Marina Weisband

Ich möchte ergänzen und Ihnen tatsächlich halb zustimmen und das Stichwort „Bildungsauftrag der Medien“ in den Raum werfen. Ich glaube, jetzt brauchen wir wie noch nie zuvor Medien, die uns eben nicht nur die Bilder zeigen und nicht nur große Schlagzeilen und Überschriften liefern. Das ist das, was sich verkauft. Und in der Medienlandschaft setzt sich im Moment das durch, was sich verkauft. Das ist reiner Kapitalismus und ich finde das nicht richtig an der Stelle, weil wir darauf angewiesen sind, die Hintergründe zu kennen, das vielleicht Relativierende der Wahrheit. – *Feuerwehrmann rettet Kätzchen*, ja, aber Kätzchen ist zwei Stunden später gestorben, schade. Geschichte verkauft sich nicht, vielleicht lässt man den zweiten Teil mal aus.

Ich finde es wichtig, dass sich unsere Journalisten weniger darauf konzentrieren, dem Internet in Sachen Geschwindigkeit Konkurrenz zu machen.

Das ist ein Kampf, den sie nicht gewinnen werden. Sondern es geht eher darum, in die Tiefe zu gehen, einen Kontext zu liefern und sich rational mit Dingen auseinanderzusetzen. Wir werden niemals eine Demokratie haben, die rein auf Argumenten funktioniert. Ich würde es mir auch wünschen, aber Menschen sind nicht so. Menschen sehen Bilder von Mutti und wie sie beruhigend da steht. Man entwickelt eine emotionale Beziehung zu Wahlplakaten. Warum haben wir überall Gesichter auf Wahlplakaten und nicht Argumente?

Aber ich finde auch, wenn wir zu einer Gesellschaft kommen, die rational entscheidet, das bedeutet, eben auch langfristig entscheidet, nicht aus dem Bauch heraus, nicht mit der ersten Reaktion, dann ist es vor allem Aufgabe der Medien, uns zu bilden. Denn Demokratie lebt und stirbt mit Bildung.

Einwurf Das machen wir jetzt.

Publikumsbeitrag

Ich wollte noch mal auf diese Sache Bilder und Text und Medien eingehen. Ich glaube, die Medien verpassen etwas, nämlich die Grafik, das Schaubild. Wie ist denn der Wohlstandsbauch? Oder wie ist die Verteilung? Vielleicht ist es nur ein Prozent der Afrikaner, die nach Europa emigrieren. In einem Bild ist das gesagt. In den Medien fängt es an, im Fernsehen gibt es das außer bei Herrn Schönborn faktisch nicht. Und damit ist so schnell so viel gesagt. Damit ist dann auch Information rübergebracht.

Juli Zeh

Darf ich noch ein Wort zum letzten Teil der vorletzten Frage sagen? Wenn ich es verkürzt wiedergeben darf, wurde angesprochen, dass wir ja seit langer Zeit in Frieden leben und quasi deswegen die Menschen unpolitisch seien.

Es gibt genauso die gegenteilige Auffassung, die sagt, dass Menschen, die existenzielles Elend leiden, weil Krieg oder Hungersnöte oder anderes ist, nicht politisch sein können, weil sie nur darauf konzentriert sind, ihrem existenziellen

Bedürfnis zu folgen. Wenn wir jetzt hinzufügen, sind die existenziellen Bedürfnisse gedeckt, dann sind die Menschen unpolitisch, weil ihnen der Antrieb fehlt, kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Mensch immer unpolitisch ist und dass die ganze Idee von Demokratie als einem Verfahren, was sich irgendwie zumindest wunschmäßig auf den demokratisch aktiven Bürger stützt, sowieso eine Schimäre ist.

Ich habe mich entschieden, dieses Dilemma so zu lösen, indem ich einfach glaube, dass der zweite Teil nicht stimmt. Also, es stimmt nicht, dass Satttheit politisch desinteressiert macht. Das kann man bestimmt argumentieren, aber ich weigere mich einfach das zu glauben, weil wir sonst mit einem Menschenbild unterwegs wären, was uns eigentlich zwänge, unsere Staatsform ganz massiv zu hinterfragen. Und das lehne ich als Konsequenz ab. Also, warum auch immer Sie unpolitisch sind, es liegt nicht daran, dass es Ihnen zu gut geht.

Moderation

Meine Damen und Herren, das ist die perfekte Vorlage, um die Diskussion auf dieser Bühne zu beenden. Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit. Ich danke den Gästen auf dem Podium und wünsche uns allen noch einen schönen Abend.